Nummer 217

...ugs-Preis ohne Bringerlohn:
...ellbücklich für Berlin 8 Mk. 70 Pf. für
...Deutschland durch die Post 10 Mk. 20 Pf.
...das Ausland mit dem entsprechenden
...schlag. Kreuzbandsendungen 25 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
...erlin W 8, Kronenstraße 37

...ellungen werden angenommen bei
...n Postanstalten, Zeitungsspeditoren
...und unserer Geschäftsstelle

Berliner Börsen-Zeitung

Morgen-Ausgabe

64. Jahrgang

Anzeigen-Preis:
Die 9 gespaltene Zeile 1,30 Mk., Reklameteil 4 Mk.
Als besondere Beilagen erscheinen: Ergänzungen zum Kurszettel, Zinscheine-Kalender, Deutsche Lebensversicherungs-Gesellschaften, Aktiengesellschaften mit Restanten, Ziehungslisten der Preuß.-Südd. Klassenlotterie und viele andere tabellarische Uebersichten.
Die Zeitung erscheint i. d. Woche dreizehnmal.
Zuschriften an die Geschäftsstelle direkt erbeten.

Telegramm-Adresse: »Börsenkrone«

Fernsprecher der Schriftleitung und Geschäftsstelle: Zentrum 243 u. 12352

Mittwoch, 14. Mai 1919

Fernsprecher der Druckerei: :: Zentrum 2488 ::

Postscheck-Konto: Berlin 26412

Das amtliche Ende des Krieges.

TU Köln, 13. Mai.

Die „Kölnische Zeitung" meldet: Im kanadischen Unterhause wurde eine Erklärung des ...rsten Ministers Borden mitgeteilt, wonach ...e königliche Bekanntmachung, die das amtliche Ende des Krieges verkündet, wahrscheinlich nicht vor dem 1. August zu erwarten sei.

Amerikanische Stimmen der Vernunft.

Haag, 13. Mai.

Die amerikanische Zeitung „Tribune" sagt zu den Friedensbedingungen: Seit Karthago ist ein solcher Friede nicht diktiert worden. Deutschland muß daran, was Deutschland passiert ist und nehmt auch in acht. Die „New York Sun" fordert, daß der Senat Abänderungsvorschläge mache.

Die Neutralen einig in der Verurteilung.

Kristiania, 13. Mai.

Immer einheitlicher in der Ablehnung wird die Stellungnahme der norwegischen Presse gegenüber den Friedensbedingungen. „Verdens Gang" schreibt in seinem Leitartikel, der Pariser Friedensentwurf übertreffe an Unversöhnlichkeit und Machtmißbrauch die schlimmsten Befürchtungen. Kaum für Punkt lasse sich nachweisen, daß der Entwurf von Wilsons Punkten wesentlich abweiche. Die einzige Hoffnung sei, daß die deutsche Demokratie diesen neuen Anschlag ihrer westlichen demokratischen Brüder überleben. Dies sei aber nur möglich, wenn die Opposition gegen den Friedensvertrag in den alliierten Ländern reinen Tisch mache, sobald der Vertrag unterschrieben sei, damit andere Männer ihn durchführen könnten als die, die ihn erdacht. Die Männer, die den Krieg gewonnen hätten, hätten jedenfalls nicht den Frieden gewonnen. Deshalb müßten sie fort. Auch „Intelligensseddler" betont in seinem Leitartikel, die neutrale Presse bezeichne einstimmig die Friedensbedingungen als unerwartet hart. Wilsons Punkte seien verletzt. Bei aller Berechtigung der belgischen und französischen Ansprüche auf Wiedergutmachung gäbe es eine Grenze für die Belastung des besiegten Deutschlands. Auch bei der Festsetzung der deutschen Ostgrenzen sei das Selbstbestimmungsrecht der Völker verletzt, ebenso wie die Wegnahme sämtlicher deutscher Kolonien im Widerstreit mit Wilsons Punkten stehe. Die Verantwortung für diesen Ententefrieden werde ebenso groß werden, wie die Verantwortung desjenigen, der den Krieg verursacht habe. Die Zeitung „Nationen" spottet über Wilsons Rede vom 9. Mai zum Preise des Sieges von Recht und Gerechtigkeit und meint, Wilsons Aeußerungen müßten, wolle gesagt, recht sonderbar erscheinen unmittelbar nach Veröffentlichung der harten Friedensbedingungen, in denen man nichts von versöhnlichem Geiste bemerke, und bei denen es mit der Gerechtigkeit übel bestellt sei.

Anberaumung der Internationalen Sozialistenkonferenz.

Bern, 13. Mai.

Wie das „Journal de Genève" erfährt, ist beschlossen worden, für die ersten Junitage die Internationale Sozialistenkonferenz nach Bern einzuberufen, um sich mit dem Friedensvertrag und dem Völkerbund zu beschäftigen.

Die Zerstückelung Oesterreichs.

Versailles, 13. Mai.

Der Zehnerrat, zu dem Tardieu als Vorsitzender des Territorialausschusses hinzugezogen war, hat gestern die Grenzen von Deutsch-Oesterreich und Ungarn erörtert, die unverändert nach den Ausschußbeschlüssen angenommen wurden.

„Journal" berichtet dazu, der Tschechisch-Slowakische Staat werde Böhmen, Mähren und einen guten Teil von Schlesien und Teschen umfassen. Zwecks unmittelbarer Verbindung mit Rumänien hat man ihm auch ungarisches Gebiet an den Karpathen zugewiesen. Die Konferenz gewährt Rumänien nicht alles, was ihm im Vertrage von 1916 versprochen war, der ihm die ganze Bukowina, Siebenbürgen, die Ebene auf dem linken Theißufer und den Banat Temesvoar zusicherte. Jetzt erhält Rumänien die ganze Bukowina, obwohl ihr nördlicher Teil unbestreitbar ruthenisch und ukrainisch ist, und Siebenbürgen, dagegen läßt man Ungarn die maggarischen Bezirke des Theißtales. Der südöstliche Teil des Banats wird zwischen Serbien zugewiesen. Südslawien erhält Bosnien, die Herzegowina, Kroatien und Kroin, ferner die südwestlichen Bezirke von Ungarn: Baschka zwischen Theiß und Donau und nördlich von der Drau. Das Schicksal des südlichen Teiles von Kärnten, der Steiermark und der Gebiete um Klagenfurt und Marburg wird durch Volksabstimmung entschieden.

Somit ist Deutsch-Oesterreich auf einen Teil von Kärnten und Steiermark auf Ober- und Niederösterreich und Tirol beschränkt; wie „Petit Parisien" hinzusetzt, erhält Italien Südtirol bis zum Brennerpaß. Ungarn besteht nur noch aus der Donauebene.

Ueber die weiteren Bedingungen berichtet „Matin": Gemäß den im Vertrage mit Deutschland angewandten Grundsätzen werden die vor dem Kriege entstandenen Schulden proportional unter alle Staaten, im Gebiete der früheren Habsburgischen Monarchie geteilt, ebenso die Wiedergutmachungen, für welche Oesterreich-Ungarn die Verantwortung zu tragen haben würde. Dagegen werden während des Krieges zu Kriegszwecken gemachte Schulden ausschließlich von Oesterreich und Ungarn zu tragen sein.

Geplanter Angriff gegen Petersburg.

TU Stockholm, 13. Mai.

Aus Helsingfors wird gemeldet, daß allem Anscheine nach sich eine große militärische Unternehmung gegen Petersburg mit der Basis Helsingfors vorbereitet. Alle beschäftigungslosen Ausländer seien ausgewiesen; der verschärfte Paßzwang ist eingeführt worden. Gerüchtweise verlautet das Eintreffen großer Truppentransporte, man spricht von 50 000 Kosaken, die in den nächsten Tagen eintreffen. Auch 20 englische Schiffe liegen in dem finnischen Gewässern. Am Freitag lief das Flaggschiff „Caracoa" mit Admiral Cowan in Helsingfors ein. Der Admiral wurde von General Mannerheim mit militärischen Ehren empfangen. Das Schiff ging am Nachmittag in See. Die Presse vermutet einen Angriff auf Petersburg von zwei Seiten. Zu ausführlichen Berichten wird die Seetüchtigkeit der bolschewistischen Flotte als den baltischen Mächten überlegen geschildert und sofortige Hilfe gefordert.

Regierung und Volk vereint im Willen zur Selbstbehauptung.

Wenn die Stunde des Handelns kommt ...

Reichspräsident Ebert an die Arbeiter.

In einer Unterredung ergänzte Reichspräsident Ebert nach dem „Vorwärts" in bedeutsamer Weise die bisherigen Regierungserklärungen zur augenblicklichen Lage. Dabei äußerte er sich am Schluß folgendermaßen:

„Solange nur ein Rest von Hoffnung bleibt, daß die Vernunft der Völker siegen wird, werden wir kein letztes Wort sprechen. Stellt sich heraus, daß man uns diesen unmöglichen Gewaltfrieden aufzwingen will, so werden wir unsere Entschlüsse zu fassen haben. Ich für meinen Teil kann nur sagen: Ich habe stets auf dem Standpunkt gestanden, daß man halten soll, was man versprochen hat, und daß man nichts versprechen soll, was man nicht halten kann. Ich würde es für ein Weltunheil halten, wenn dieser Grundsatz im Verhältnis der Völker untereinander verlassen würde und wenn man geheiligte Staatsverträge abschlösse mit dem Bewußtsein, daß sie doch nichts anderes sind, als faule Kavalierwechsel.

Heute hoffe ich noch, daß man nicht versuchen wird, dem deutschen Volk eine Zustimmung abzupressen, die nichts anderes sein konnte, als eine aus der Verzweiflung geborene Lüge; und ich hoffe, daß das deutsche Volk nicht bereit sein wird, mit einer Lüge in den neuen Abschnitt seiner Geschichte einzutreten.

Gewiß, wir sind in einer furchtbaren Lage, aber, Mut verloren, alles verloren. Wir müssen alles tun, um für die kommende schwere Zeit die Geschlossenheit unseres Volkes zu erhalten, wo sie gestört ist, wieder herzustellen. Wir müssen unseren Volksgenossen, die fremde Gewalt gegen ihren Willen von uns trennen will, unverbrüchliche Treue halten und zur Durchführung auch der schwersten Entschließung bereit sein. Wir mögen in freier Aussprache reiflich überlegen, was wir zu tun gedenken; kommt es aber zum Handeln, dann darf nicht ein Teil des Volkes dem andern in den Rücken fallen. Würde die entscheidende Stunde ein Volk finden, das sich selber zerfleischt, dann wäre alles verloren. Vor allem sollen die Arbeiter bedenken, daß es gerade sie sind, die am meisten und Höchstes geben; ein zerrissenes Deutschland kann nichts leisten für den sozialistischen Fortschritt der Welt und für das Wohl einer arbeitenden Bevölkerung. Die Arbeiter können, indem sie allgemein in die Wege der Vernunft einlenken und ihre bewundernswerte moralische Widerstandskraft in den Dienst des Volksganzen stellen, Deutschland retten, und ich hoffe zuversichtlich, sie werden es tun!"

Riesendemonstration der Berliner Mehrheitssozialisten.

Eine Ansprache des Reichsministerpräsidenten.

Die sozialdemokratische Mehrheitspartei hatte für gestern nachmittag nach dem Königsplatz eine Kundgebung gegen den Gewaltfrieden einberufen. Man schätzte die Zahl der Teilnehmer auf weit über 100 000. Von vier Stellen zu gleicher Zeit sprachen Abgeordnete der Nationalversammlung und der Landesversammlung, hauptsächlich aus den von der Entente besetzten oder bei Verwirklichung des Gewaltfriedens von Deutschland losgerissenen Gebieten. Die Darlegungen der Redner wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen. Einmütig wurde überall eine Resolution angenommen, in der es heißt:

„Das jetzige Friedensangebot der Entente ist die schlimmste Vergewaltigung, die je einem Volke geboten wurde. In flammender Empörung erheben wir dagegen Einspruch, daß Gebiete mit Millionen reindeutscher Bevölkerung ungefragt unter fremde Herrschaft kommen sollen. Wir verlangen für das deutsche Volk Anerkennung des nationalen Selbstbestimmungsrechts und protestieren dagegen, daß dem deutschen Volke wirtschaftliche Lasten auferlegt werden, die es selbst bei äußerster Kraftanstrengung nicht tragen kann. Wir fordern freie Entwicklung unserer wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte in voller Gleichberechtigung mit anderen Völkern. Die Friedensbedingungen sind ein Hohn auf Freiheit, Recht und Gerechtigkeit. Ein solcher Friede kann kein dauernder Friede sein, sondern muß von neuem Haß- und Rachegefühle wecken und neue Kriegsgefahren in sich bergen." Besonderen Beifall fanden die Ausführungen, die für Ablehnung des Friedensvertrages in seiner jetzigen Form plädierten.

Im Anschluß an die große Kundgebung auf dem Königsplatz begab sich eine nach Tausenden zählende Menschenmenge vor die Reichskanzlei, um auch hier gegen den Gewaltfrieden zu protestieren.

Ministerpräsident Scheidemann

hielt vor den Versammelten folgende Ansprache:

Arbeiter und Arbeiterinnen! Sie haben die Forderungen unserer Gegner gehört. Glauben Sie mir, gleichviel welche Stellung Sie sonst im politischen Leben einnehmen mögen, jede Seite, jede Zeile im Buche der Friedensbedingungen, jedes folgende Wort übertrumpft an Rücksichtslosigkeit und Härte, aber auch an politischer Kurzsichtigkeit den vorangehenden Paragraphen. Es ist unmöglich, daß wir einen Vertrag wie er, uns jetzt vorliegt, unterschreiben. Das können wir nicht. (Beifall.) Wir sind bereit, Frieden zu machen. Wir sind auch bereit, gutzumachen, was unserseits verschuldet worden ist. Wir sind bereit, die Schäden im Ausland, soweit sie auf unser Konto kommen, und auch im Inland wieder gutzumachen. Aber man soll uns nicht die Hände binden, uns nicht in Fesseln legen und dann verlangen, daß wir arbeiten. Ehe wir arbeiten können, ehe wir die Lasten übernehmen können, brauchen wir vor allen Dingen Brot und Rohstoffe, die Möglichkeit, zu arbeiten, damit wir die Verpflichtungen, die wir eingehen werden, auch erfüllen können. Zu der jetzigen Regierung hat kein Mann, der so unehrlich wäre, etwas zu versprechen, wovon er weiß, er kann es nicht machen. (Beifall.) Was wir unterschreiben, das muß so sein, daß wir unserer Ueberzeugung nach leisten können, wir glauben es als ehrlicher Mann ausführen zu können. (Beifall.)

Deshalb, Männer und Frauen, steht treu zu uns und glaubt uns, daß in dieser Regierung kein Mann ist, der nicht ehrlich bereit wäre, sein Leben und alles was er hat, in die Schanze zu schlagen für das, was wir uns als Ziel gesteckt haben. (Bravorufe.)

Demonstrationen.

Gegen ½9 Uhr abends bewegte sich ein riesiger Demonstrationszug von Teilnehmern einer großen Kundgebung der Groß-Berliner Bürgerschaft im Zirkus Busch durch die Linden, unter Abhaltung der Lieder „Deutschland, Deutschland über alles" und der „Wacht am Rhein". Vor dem Hotel Adlon, in dem bekanntlich die Mitglieder der Entente-kommission Wohnung genommen haben, stimmte die riesige Menge in den Ruf „Nieder mit dem Gewaltfrieden, nieder mit Clémenceau" ein. Dann schwenkte der Zug in die Wilhelmstraße ein. Die Menge rief unausgesetzt „Nieder mit England, nieder mit dem Gewaltfrieden?" Vor dem Reichskanzlerpalais hielt der Zug und unter Abhaltung patriotischer Lieder wurde dann das Erscheinen eines Regierungsvertreters gefordert. Nach einigen Minuten erschien Scheidemann am Fenster und hielt, von einem Teil der Demonstranten lebhaft begrüßt, eine Ansprache. Er führte aus, daß er vor zwei Stunden bereits vor einer riesigen Menschenmenge gesprochen habe und nur wiederholen könne, daß die Regierung alles tun werde, um einen Frieden herbeizuführen, der Deutschland zu leben und zu arbeiten ermögliche. Als Scheidemann auf die 14 Punkte Wilsons zu sprechen kam, wurden Rufe „Nieder mit Wilson!" laut. Der Ministerpräsident richtete die dringende Bitte und die Warnung an die Menge, sich nicht zu Kubesonnenheiten hinreißen zu lassen, Personen zu kränken. Auf wiederholte Zwischenrufe erwiderte Scheidemann, daß, wenn die Regierung ebenso erregt wäre, wie die Zwischenrufer, sicher ein Verständigungsfriede nicht erzielt werden könne. Er richtete dann die Aufforderung an die Demonstranten, sich geschlossen hinter der Regierung zu stellen und sagte, ob die Bürger gewißt seien, der Regierung Vertrauen entgegenzubringen. (Zuruf: „Ja, ja, dann sind wir ja hergekommen!") Scheidemann schloß mit einem Hoch auf einen Gerechtigkeitsfrieden, der Deutschland am Leben ließe, und mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland.

Nachdem die Menge noch „Deutschland, Deutschland über alles" gesungen hatte, zerstreute sie sich.

Der Wahnwitz der Viehlieferung.

Berlin, 13. Mai.

Die von der Entente geforderte Ablieferung von 140 000 Milchkühen würde nach amtlichen Berechnungen die Milchversorgung der Kinder, Mütter und Kranken in den Städten und insbesondere in den Großstädten, deren Bedarf schon jetzt nur zu 66 pCt. gedeckt werden kann, weiter um annähernd 9 pCt. vermindern, da infolge der Viehablieferungen für die notwendigste Fleischversorgung in die Milchviehbestände eingegriffen werden müßte, und da der Nachwuchs durch Ablieferung von 40 000 Stück Jungvieh erheblich vermindert wird, würde die Milchnot sich im Laufe der Zeit noch wesentlich steigern.

Irredenta.

Die eindrucksvolle Kundgebung, die der Reichspräsident gestern an das amerikanische Volk gerichtet hat, ist die Kampfansage der Demokratie Deutschlands an den Imperialismus der Welt, den Imperialismus, der in seiner brutalsten Aufrechnung den Zenit seiner Laufbahn in Versailles nunmehr erreicht zu haben scheint. Es liegt kein Grund vor anzunehmen, daß die Kundgebung Eberts ohne starke Unterlagen und ohne feste Aussichten erfolgt ist. Der Präsident weist auf die verbürgten Nachrichten hin, die von der erwachenden und gegen die Fesseln überkommener Despotie sich aufbäumenden Demokratie in den großen Städten der feindlichen Länder melden. Der Kampf der Waffen ist im Blut erstickt — der Kampf zweier Weltanschauungen steht bevor: er bricht auf einer Frontausdehnung aus, wie sie die Geschichte der Völker noch nicht gesehen hat. Darin liegt die politische und historische Bedeutung der heute veröffentlichten Kundgebung, deren Aufnahme in der Presse der Entente, und besonders der Vereinigten Staaten, man mit größter Spannung entgegensehen muß. Natürlich wäre es voreilig, sich übertriebenen Hoffnungen hinzugeben, denn manchen bitter schmeckenden Beweis schon haben wir dafür in den letzten vier Jahren entgegennehmen müssen, daß die feindliche Presse selbstbeherrscht von sich aus und so diszipliniert von oben herab ist, daß man nach spontanen wahren Kundgebungen wird suchen müssen. Die Stimme der Völker zu dem deutschen Appell wird sich nur langsam und schwer Gehör verschaffen können.

Mit Geschick wirft der Reichspräsident Herrn Wilson eine kleine, aber gut gewählte Auslese der vielen feierlichen Aeußerungen des amerikanischen Staatsmannes entgegen, in denen sich dieser zum Anwalt des gerechten Friedens, „des Friedens ohne Sieg" macht. In der ersten dieser Aeußerungen warnt der Präsident vor einem Frieden, der einen Stachel, Rachsucht und Bitterkeit zurücklassen müßte. Bei diesen Worten müssen wir unwillkürlich an die Bazillenherde neuer Kriege denken, die der in Versailles vorgeschlagene Friedensvertrag schon in rein äußerlicher Beziehung schafft; an die zahllosen Irredentabezirke, die die Entente wie Wälle gegen eine Verständigung mit Deutschland ringsum uns herum aufbaut.

Der Streit um den Besitz von Grenzländern, in denen eine Mehrheit durch die boshaften Paragraphen eines Gewaltfriedens unter den Willen der Minderheit gebracht wurde, ist letzten Endes wohl immer der Anstoß verderbenbringender Kriege gewesen. Wir brauchen nur an das Land zu denken, das diesem Begriff seinen zum Schlagwort gewordenen Namen gegeben: Südtirol, eine Zündschnur, die unaufhaltsam brannte und die das Pulverfaß eines Oesterreichisch-Italienischen Krieges doch einmal zur Explosion gebracht hätte, auch wenn der Mord von Serajewo und der Londoner Vertrag die Ereignisse nicht beschleunigt hätten. Aber auch in den Gegenden Europas, in denen während des ungeheueren, seit vielen Monaten andauernden Völkergärungsprogesses sich große Stämme schon jetzt um den Besitz künftiger Grenzländer streiten, haben sich, teilweise noch unbeeinflußt von dem Pariser Diktat, Irredentaherde zu bilden begonnen, die den Bürgerrest, besonders aber den amerikanischen Präsidenten, eindringlichst vor der Durchführung des Planes warnen sollten, durch den sie mehr als fünf Millionen Deutsche zu fremden, durch die abgewirtschaftete Politik früherer deutscher Staatsmänner aufs äußerste gegen die Deutschen erbitterten Völkern bringen. Galizien ist während mehr als einem halben Jahre der Schauplatz eines leidenschaftlichen, mit Unmenschlichkeit geführten Kampfes zwischen den Polen und den ruthenischen Ukrainern. Die Polen, völkisch in der Minderzahl, hatten begonnen, sich Galizien schlankweg einzuverleiben, ohne sich um die zahlenmäßige Überlegenheit der ruthenischen Galizier zu kümmern. Die Folgen dieser kurzsichtigen Irredentapolitik machten sich hier schon nach Wochen bemerkbar. Anderswo mag die unterdrückte Mehrheit erst nach Jahren oder Jahrzehnten zur Besinnung und Kraft kommen — aber einmal muß sie den Versuch machen, die regierende dünne Oberschicht zu durchbrechen —, ein neuer Krieg ist entbrannt. Dieses Schauspiel wird Herr Wilson, auch wenn er nur noch einige Monate oder wenige Jahre leben sollte, in der Zimmerfrage erleben, wenn er es für richtig halten sollte, die Zuteilung des Hafens und der Küste nach politischen und papiernen, nicht nach nationalen und lebendigen Grundsätzen erfolgen zu lassen. Dieses blutige Schauspiel muß die Welt noch mehr als einmal erleben, wenn der Friedensvertrag, der uns vorgelegt ist, unterzeichnet werden würde.

Die Führer der feindlichen Diplomatie müßte, wenn sie einer Gefühlsregung fähig sind, tiefe Beschämung über den schnellen moralischen Zusammenbruch ihrer Staatskunst ergriffen haben, als der dänische Gesandte in Paris im Namen seiner Regierung gegen die Abstimmung in der dritten Zone von Schleswig und gegen eine Handhabung des Völkerproblems protestierte, die Hunderttausende von Deutschen unter dänische Herrschaft bringen würde. Die Dänen haben oft ganz erbittert die Leichensteine der dänischen Soldatengräber bei Idstedt, Flensburg und Düppel gezählt. Sie wissen, was es heißt, auf Grund schneller Friedensverträge über die fremdvölkische Mehrheit regieren zu müssen. Kein Wunder, daß sie sich mit Händen und Füßen gegen das Danoergeschenk sträuben, das ihnen die Alliierten entgegenbringen wollen. Wären die Polen nicht ein Volk, das von jeher durch blinde Leidenschaft, und heute noch dazu durch Paderewski beherrscht wird, so würden auch sie sich einer Überlegung nicht verschließen, wie man sie in Kopenhagen angestellt hat. Sie müßten sich sagen, daß aus einem Freistaate, das heißt polnischen Danzig, nie Segen, der aus Eintracht, sondern Haß, der aus Zwietracht entsteht, erblühen kann. Sie würden vor der Besitznahme Oberschlesiens zurückschrecken, wo die Industrie bald sehen wird, wie sie ohne die Arbeit deutscher Intelligenz fährt. Die

Ein Erlaß des preußischen Staatsministeriums.

Berlin, 13. Mai.

Das preußische Staatsministerium erläßt folgende Kundgebung: In der Not des Vaterlandes ist es Pflicht aller Beamten und Lehrer der durch die feindlichen Friedensbedingungen bedrohten Grenzmarken, so lange als irgend möglich auf ihren Posten auszuharren, in treuer Pflichterfüllung der Bevölkerung zur Seite zu stehen und ihr durch ruhige Zuversicht ein gutes Beispiel zu geben. Die Staatsregierung wird sie, ihre Familien und ihre Habe mit allen verfügbaren Mitteln schützen, ihre Zukunft ist in weitem Umfang sichergestellt.

Kein Gesetz gegen den Streik.

Berlin, 13. Mai.

Amtlich wird gemeldet: In einiger Zeitungen wird ein Gesetz gegen den Streik angekündigt. Die Nachricht ist unzutreffend, ein derartiges Gesetz ist auch nicht in Vorbereitung.

Theater, Konzerte usw.

für Mittwoch, den 14. Mai.

Opernhaus.
6 Uhr: Lohengrin.

Schauspielhaus.
7 Uhr: Nathan d. Weise.

Deutsches Theater.
Direkt.: Max Reinhardt.
7½ Uhr: Wie es Euch gefällt.

Kammerspiele.
7½ Uhr: Der Star.

Kleines Schauspielhaus.
7½ Uhr: Die Büchse der Pandora.

Lessing-Theater.
Dir.: Victor Barnowsky.
7 Uhr: Peer Gynt.

Deutsches Künstler-Th.
7 Uhr: Der Schöpfer.

Theater d. Königgr. Str.
Dir. Reinhard-Bernauer
7 Uhr: Die Stützen der Gesellschaft.

Komödienhaus.
½8 Uhr: Erdgeist.

Berliner Theater.
7½ U.: Der Katzensteg.

Volksb.-Th. a. Bülow-Pl.
7½ Uhr: Penthesilea.

Residenz-Theater.
7½ Uhr: Das höhere Leben.

Trianon-Theater.
7½ Uhr: Der gute Ruf.

Central-Theater,
Kommandantenstraße 57.
7½ U.: Die Schönste von Allen.

Deutsches Opernhaus.
7 Uhr: Herbststurm.

Friedrich-Wilhelmst. Th.
7½ Uhr: Das Dorf ohne Glocke.

Kleines Theater.
7 Uhr: Henriette Jacoby.

Komische Oper.
7½ Uhr: Schwarzwaldmädel.

Lustspielhaus.
7¾ Uhr: Nora.

Metropol-Theater.
7 Uhr 10 Min.: Die Faschingsfee.

Neues Operettenhaus.
7½ Uhr: Die keusche Susanne.

Palast-Theater.
7½ Uhr: Die im Schatten leben.

Schiller-Theater Charl.
8 Uhr: Ein Volksfeind.
7½ Uhr: Wie es Euch gefällt.

Thalia-Theater.
7¼ Uhr: Mein Leopold.

Theater a. Nollendorfpl.
8¼ Uhr: Jungfrau v. Orleans.
7 Uhr: Wo die Lerche singt.

Theater des Westens.
7½ Uhr: Barbier von Sevilla.

Theater d. Friedrichstadt
7½ U.: Hutmach. S. Durchlaucht

Wallner-Theater.
7½ Uhr: Geisha.

URANIA
Taubenstraße 48-49.
8 Uhr: Dr. W. Berndt: Lebensbilder aus der Welt des Mikroskops.
Hörsaal:
8 Uhr: Prof. Dr. B. Donath: Licht und Farbe.

APOLLO
Friedrichstr. 218.
Dir. James Klein.
Täglich 7½ Uhr, Sonntags 3½ und 7½.
12 Sensationen Varieté-Programm.